

Schweiz

Aufseher verzichten auf Mission in Leibstadt

Energie Die Atomaufsicht des Bundes sieht davon ab, das AKW Leibstadt von einer internationalen Expertengruppe durchleuchten zu lassen – trotz mangelhafter Sicherheitskultur. Die Betreiber setzen auf eine eigene Lösung.

Stefan Häne

Zweimal binnen dreier Wochen ist es dieses Jahr im Atomkraftwerk Leibstadt zu einer Schnellabschaltung des Reaktors gekommen. Auslöser war bei den Vorfällen am 12. Mai und 24. April eine Störung am Vordruckregler, jenem Instrument also, das den Druck von Dampf, Wasser oder Gas in Leitungen misst und regelt. Seit vorletztem Mittwoch ist Leibstadt wieder am Netz, die Betreiber analysieren die Gründe für die technische Panne.

Mit Pannen von sich reden gemacht hat Leibstadt immer wieder; zuletzt sind Vorfälle ans Licht gekommen, die Mängel in der Sicherheitskultur belegen. Ein Mitarbeiter hatte es seit mindestens 2016 unterlassen, Strahlungsmessgeräte auf ihre Funktionstüchtigkeit hin zu testen. In die Prüfprotokolle trug er fingierte Daten ein; er wurde freigestellt. Die Atomaufsicht des Bundes (Ensi), die den Vorfall Ende Januar publik gemacht hatte, sprach von einem «schweren Fall von menschlichem Fehlverhalten».

Menschliches Fehlverhalten

Beim zweiten Vorfall, den das Ensi wenige Tage später veröffentlichte, erhöhte sich am 20. September 2018 die Strahlenbelastung «aufgrund einer fehlerhaften Bedienung einer Armatur». Zwar wurde dabei laut Ensi weder Radioaktivität in die Umgebung freigesetzt, noch wurden Dosisgrenzwerte für das AKW-Personal überschritten. Gleichwohl reagierte das Ensi scharf, weil es in Leibstadt schon früher ähnliche Vorfälle «menschlichen Fehlverhaltens» gegeben hatte.

Die Atomaufsicht erwog, die Sicherheitskultur des AKW durch Experten von ausländischen Atomanlagen, Aufsichtsbehörden



Das AKW Leibstadt hat immer wieder mit Pannen von sich reden gemacht. Foto: Thomas Egli

und technisch-wissenschaftlichen Institutionen untersuchen zu lassen.

Von dieser Massnahme sieht das Ensi nun aber ab, wie die Atomaufsicht auf Anfrage bekannt gibt: Es habe die Anordnung einer sogenannten Osart-Mission für das laufende Jahr zurückgestellt. Nils Epprecht von der Schweizerischen Energie-Stiftung (SES) kritisiert den Ent-

Die Atomaufsicht Ensi hat das Management des AKW sowie des Stromkonzerns Axpo einbestellt.

scheid. Eine Osart-Mission hätte er angesichts der Pannen in Leibstadt für «unausweichlich». Zum Zug kämen so internationale Experten, die bislang kaum in Kontakt mit den Betreibern gekommen seien und so «unvorbelastete Urteile fällen können».

Inspektion in Mühleberg

Eine Osart-Mission in der Schweiz fand zuletzt 2012 im Atomkraftwerk Mühleberg statt. 15 Inspektoren aus neun Ländern und einer Erfahrung von 340 Personenjahren prüften damals unter anderem die Betriebsabläufe und stellten diverse Mängel fest, etwa dass Dokumentationen nicht nachgeführt würden und die werkzeugen Feuerwehrlaute nicht in allen Schichten anwesend seien. Der Energiekonzern BKW, der Mühleberg betreibt, reagierte darauf wie folgt: «Wenn relevante Mängel vorhanden wären, könnten wir die Anlage gar nicht betreiben.»

Seinen Verzicht auf eine neuerliche Osart-Mission begründet das Ensi mit den bereits getroffenen Massnahmen: So hat es seine Inspektionstätigkeit seit Februar «deutlich erhöht». Auch hat die Atomaufsicht das Management des AKW Leibstadt sowie des Stromkonzerns Axpo einbestellt, dem Leibstadt-Hauptaktionär. Nun hat Leibstadt selber eine Überprüfung aufgegleist: Im Herbst sollen «unabhängige Experten» ein Audit durchführen, das speziell auf die Sicherheitskultur fokussiert. Dauer: eine Woche. Eine Wiederholung sei für 2020 geplant, schreibt die Pressestelle auf Anfrage.

Der Prozess findet unter der Leitung der VGB Powertech statt; dem internationalen Verband für die Erzeugung und Speicherung von Strom und Wärme. Mit dabei seien auch Vertreter anderer AKW. Wer genau, lässt Leibstadt offen. Gemäss Eigenbeschrieb bewerten die VGB-Experten den Status quo der Sicherheitskultur, identifizieren Stärken und Schwächen und geben letztlich Empfehlungen zur «Optimierung der Sicherheitskultur» ab. Das Ensi seinerseits erklärt, es werde «die Verbesserung der Sicherheitskultur im Rahmen der Aufsichtstätigkeit begleiten».

Schwierig einzuschätzen

SES-Experte Epprecht begrüsst das Audit, ist aber skeptisch, ob sich binnen einer Woche die Fehlerkultur genügend ausleuchten lasse. Die Osart-Missionen würden üblicherweise drei Wochen dauern samt Wiederholung einhalb Jahre später. Auch enthielten sie – anders als ein solches Audit – offizielle Vorgaben, auch was die Veröffentlichung der Resultate betreffe. «Was das Audit bringt, ist deshalb schwierig vorab einzuschätzen.»

Mit Zwang und Anreiz die Gemeindepolitik beleben

Politik Viele Gemeinden haben Mühe, ihre Milizbehörden zu besetzen. Politologen schlagen Lösungen vor.

Beni Gafner

Der Schweizerische Gemeindeverband hat das laufende Jahr zum «Jahr der Milizarbeit» ausgerufen. Mit Leitfäden, Online-Tools und neuen Ideen soll dem Milizsystem neues Leben eingehaucht werden. Der Hintergrund ist ernst: Das einzigartige Polit-system Schweiz droht, quasi von unten her, zu erodieren. Die Hälfte der Gemeinden hat Mühe, ihre Kommissionen, Behörden und Gemeinderäte zu besetzen.

Der Politologe Markus Freitag liefert in diesem Zusammenhang gemeinsam mit Pirmin Bundi und Martina Flick Witzig in einer neuen Publikation Zahlen und Fakten zum politischen Leben in den Gemeinden – wie auch bemerkenswerte Ansätze, mit denen sie eine Reformdebatte anstossen wollen.

Neben Organisationsverbesserungen auf Gemeindeebene und verbesserter Information über Zweck und Tätigkeit von Milizpolitikern stellen die Autoren auch die möglichen Massnahmen «Zwang», «Anreize» und «Aus-bildung» zur Diskussion.

Der radikale Vorschlag – er betrifft den Zwang der einzelnen Gemeindeglieder in Form einer «allgemeinen Dienstpflicht» – ist gemäss Freitag eine «attraktive, da verblüffend simple Idee zur Mobilisierung des Volks für die Sache des Volks». Das Konzept einer Bürgerpflicht erscheine ungenügend effizient, denn auf einen Schlag könnten Abertausende Milizpolitikerinnen und Milizpolitiker für eine jeweils befristete Zeit «ausgehoben» werden.

Kein Dienst nach Vorschrift

Der Etablierung eines solchen Zwangssystems stünden jedoch zahlreiche Einwände gegenüber, etwa der bürokratische Mehraufwand oder die Finanzierbarkeit einer allgemeinen Bürgerpflicht. Nicht zuletzt gebe es Bedenken völkerrechtlicher Natur. Freitag setzt über diese Bedenken hinaus Fragezeichen bezüglich Qualität: Als Dienstpflicht getarnte Miliztätigkeit könnte zum Dienst nach Vorschrift verkommen.

Umfragen unter Milizlern zufolge, die die Autoren ebenfalls vorgenommen haben, stösst eine

solche Rekrutierungspraxis vor allem in der lateinischen Schweiz auf Widerstand. Unter Deutschschweizer Miliztätigen sei demgegenüber eine gewisse Sympathie für das Verpflichtungsmodell zu erkennen.

Eher kritisch sieht Freitag höhere Entschädigungen, mit denen die Bereitschaft zur Übernahme von politischen Mandaten auf Gemeindeebene gesteigert werden könnte. Der Autor warnt vor einer «charakterlichen Umschichtung» im Milizpersonal. Uneigennützigkeit und Dienst am Gemeinwohl könnten sukzessive durch Profitstreben abgelöst werden. Die befragten Milizler sprechen sich demgegenüber mehrheitlich für höhere Entschädigungen aus, um Personallücken zu schliessen; auf viel Sympathie unter den Befragten stösst auch die Möglichkeit eines Steuerabzugs für Miliztätige.

Miliztätigkeit zertifizieren

Interessant erscheint die Idee, besonders mit Blick auf jüngere, eine Behörden- oder Exekutiv-tätigkeit zu zertifizieren. So könnte bei Bewerbungen auf an-

erkannte Art und Weise künftig angeführt werden, wer auf Gemeindeebene Verantwortung übernommen hat.

«Was Hänschen nicht lernt»

Denkbar wäre für Freitag auch eine Anrechnung der Miliztätigkeit an bezahlte Weiterbildungs- und Führungslehrgänge. Engagierte Personen könnten so ihre Position auf dem Arbeitsmarkt verbessern, was unter den jüngeren Miliztätigen auf grosse Beliebtheit stösse. Die weiteren Auswirkungen von Umfragen ergeben sodann, dass die Betroffenen eine Tätigkeit bevorzugen, die nicht in einem Anstellungsverhältnis mit fixem Salär erfolgt, sondern als Ehrenamt mit Spesenentschädigung. Die Miliztätigen sollen zudem durch ordentliche Wahlen und nicht durch Losverfahren oder Ernennung in ihre Ämter gelangen.

Als nahezu unabdingbar wird der Wohnsitz in der Gemeinde angesehen. Die Idee des passiven Wahlrechts für Ausländerinnen und Ausländer gefällt besonders Parlamentariern und Miliztätigen aus der lateinischen Schweiz,

aus grösseren Gemeinden und mit einer höheren Bildung.

Der Autor fordert schliesslich auch eine stärkere Gewichtung der politischen Bildung im Schweizer Schulalltag. Dabei dürften die Vermittlung von Strukturen, Prozessen und Inhalten des politischen Systems nicht zu kurz kommen.

Freitag wird hier plakativ: «Was den Befürworterinnen und Befürwortern einer leistungsstarken Schweiz in einer globalisierten Welt mit Frühenglisch recht ist, muss den Anhängerinnen und Anhängern der Schweizer Demokratie und ihres Milizwesens mit Frühpolitik nur billig sein.» Denn, so der Autor: «Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmer mehr.»

Markus Freitag, Pirmin Bundi, Martina Flick Witzig:
Milizarbeit in der Schweiz



Zahlen und Fakten zum politischen Leben in der Gemeinde. NZZ Libro, 240 Seiten, 36 Franken.

Bund stoppt Exporte von sensiblen Material

Nuklearwaffen Der Bund hat die Ausfuhr von sensiblen Material und Software in mehrere Länder gestoppt. Betroffen waren unter anderem die USA, Frankreich und Pakistan. Es bestand der Verdacht, dass die Güter für die Entwicklung von Nuklearwaffen verwendet würden. So verweigerte die Exportkontrollgruppe zwischen November 2018 und März 2019 die Ausfuhrgenehmigung für drei Markierlaser in die USA. Es habe Grund zur Annahme bestanden, dass sie für die Entwicklung von Nuklearwaffen verwendet werden sollen. Das Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung bestätigte einen Bericht der «NZZ am Sonntag».

2017 wurde ein Ausfuhrantrag für Frankreich für Spindeln für Baugruppen im Wert von über 75 000 Franken abgelehnt. Diese Güter seien für Trägersysteme für Nuklearwaffen bestimmt gewesen. Weil Grund zur Annahme für eine Verwendung zur Entwicklung von Nuklearwaffen und deren Trägersystemen bestand, wurde im Juli 2018 eine Lieferung von elektronischer Ausrüstung nach Pakistan gestoppt. (sda)